

## Niederschrift

über die 29. Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Bau am 01.07.2025  
(11. Wahlperiode)

## Tag e s o r d n u n g

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1</b> <b>Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2</b> <b>IHKO, Vorstellung Entwurf Rathauspark Vorlage: SB11/0174/2025</b> .....	5
<b>3</b> <b>Abwasserbeseitigungskonzept 2025 bis 2030 für die Stadt Meerbusch Vorlage: FB5/0082/2025</b> .....	6
<b>4</b> <b>Errichtung PV-Anlagen auf städt. Dächern - Zeitliche Abwicklung Vorlage: B10SIM/0064/2025</b> .....	8
<b>5</b> <b>Sachstand zur Energie- und Treibhausgasbilanzierung der Stadt Meerbusch Vorlage: DezIII/0079/2025</b> .....	8
<b>6</b> <b>Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2024 Vorlage: DezIII/0066/2025</b> .....	9
<b>7</b> <b>Anträge</b> .....	9
<b>7.1</b> <b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausbau Biotopvernetzung Vorlage: DezIII/0594/2025</b> .....	9
<b>7.2</b> <b>Antrag der UWG vom 03.06.2025 zum Anbringen von Fledermausnistkästen und Nistkästen für Eulen auf dem Grundstück "Alter Teich" Vorlage: DezIII/0595/2025</b> .....	10
<b>7.3</b> <b>Antrag der UWG vom 03.06.2025 zur Aufstellung von vier Trinkwasserspendern Vorlage: DezIII/0598/2025</b> .....	10
<b>7.4</b> <b>Antrag der UWG vom 03.06.2025 zu Abfallbehältern am Ingerweg Vorlage: DezIII/0596/2025</b> .....	12
<b>7.5</b> <b>Antrag der UWG vom 03.06.2025 zur Aufstellung von Abfallcontainern entlang des Rheindeichs Vorlage: DezIII/0599/2025</b> .....	12
<b>7.6</b> <b>Antrag der UWG vom 03.06.2025 zu einem behelfsmäßigen Parkplatz am Bahnhof Osterath Vorlage: FB5/0597/2025</b> .....	13
<b>8</b> <b>Anfragen</b> .....	14

8.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.06.2025 zum Latumer See/Herrenbusch und Aussichtsplattform .....	14
9	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	15
10	Termin der nächsten Sitzung 16. September 2025.....	15
11	Verschiedenes .....	15

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S2.1/S2.2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:37 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Andreas Hoppe

Herr Daniel Thywissen Ratsmitglied

Herr Dr. Harald von Canstein Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Astrid Hansen Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Sarah Winter

Herr Egbert Meiritz Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion GRÜN-alternativ**

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Herr Hartwig Spetsmann Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Nüsret Seval

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Andreas Wagner Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Frau Iveta Despodova

Frau Dana Frey Dezernat III

Frau Anna Hardenberg SB 11

Herr Harald Härtel Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Daniel Hartenstein Fachbereich 5

**stellv. Schriftführerin**

Frau Jasmin Abel Fachbereich 5

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Andreas Hoppe

Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Sarah Winter

Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Nüsret Seval

Sachkundige Bürgerin

Ausschussvorsitzende Neukirchen begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Sie weist darauf hin, dass nach der Einladung eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fristgerecht eingegangen sei und auf die Tagesordnung aufgenommen wurde.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner stellt die Frage, ob das Integrierte Handlungskonzept für den Stadtteil Meerbusch-Osterath (IHKO) eine sinnvolle Maßnahme bezüglich des Klimaaktionsplanes der Stadt Meerbusch sei. Aus dem Jahre 2021 gäbe es einen Maßnahmenkatalog zum Thema Klimawandel. Der Stadtteil Lank sei der am stärksten belastete Hitzestadtteil. Er möchte wissen, ob Gelder, die für das IHKO vorgesehen seien, für Maßnahmen zum Klimawandel in Lank abgezackt werden können. Als zweites fragt er, warum der Stadtteil Osterath hier priorisiert worden sei.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel antwortet, dass es nicht möglich sei aus dem IHKO Gelder in andere Maßnahmen in Lank zu stecken, da es sich hierbei um eine Fördervorgabe handeln würde. Das IHKO sei ein Handlungskonzept, was auf den Stadtteil Osterath ausgelegt sei. Als das IHKO auf den Weg gebracht wurde, habe es denn Hitzeaktionsplan noch nicht gegeben.

Ratsvorsitzende Neukirchen sagt, dass man das Thema Hitzeaktionsplan in einer anderen Sitzung nochmal aufgreifen könne. Zusätzliche Gelder könne man im Rahmen der Haushaltsplanung in Form eines Antrages stellen.

### **2 IHKO, Vorstellung Entwurf Rathauspark Vorlage: SB11/0174/2025**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau stimmt dem Entwurf des Landschaftsarchitekturbüros Reitz von Frenz und Tilosen zu und gibt den Weg damit für die weitere Planung frei.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig beschlossen

Frau Hardenberg, Fachbereichsleiterin des Servicebereiches 11, Bauhof, Friedhöfe und Grünflächen; stellt den Freiraumentwurf für den Rathauspark des Büros Reitz von Frenz und Tilosen vor.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.*

Anschließend weist sie darauf hin, dass der Fördergeber des IHKOs einen strengen Zeitplan vorgebe und bis Anfang 2026 die Ausschreibung erstellt worden sein müsse. In der Ausführungsplanung könne man allerdings noch Änderungswünsche einbringen.

Sachkundiger Bürger Spetsmann regt an, an den Eingängen zum Bahnhofsweg Wegesperren einzubauen, damit Radfahrende nicht mit erhöhter Geschwindigkeit direkt aus dem Park auf den Radweg fahren können und umgekehrt.

Ratsherr Banse möchte wissen, ob die Spielplatzidee auch für Menschen mit Inklusionsbedarf gedacht sei. Frau Hardenberg bejaht dieses.

Des Weiteren regt Ratsherr Banse an, die Nutzung der Sportbox auch seniorentauglich zu machen.

Ratsherr Bertholdt teilt mit, dass es eine verabschiedete Spielplatzkonzeption gäbe. In diesem Rahmen sei der Rathauspark als Leuchtturmprojekt vorgesehen worden. Seiner Meinung nach seien die Bedürfnisse von damals bis auf den Bolzplatz in dem Entwurf umgesetzt worden. Er fragt nach, ob die zwei Bewegungsgeräte noch im Rathauspark stehen würden.

Frau Hardenberg antwortet, dass alle Bewegungsgeräte zum Meerbadpark in Büderich verlegt worden seien, da neueste Erkenntnisse zeigen, dass diese nur genutzt werden, wenn mehrere Geräte an einem Standort zur Verfügung stehen würden.

Sie ergänzt zum Thema Leuchtturmspielplatz, dass damals der Rathauspark Osterath nicht unbedingt ein Leuchtturmspielplatz werden sollte, sondern auch der Spielplatz an der Insterburger Straße als Leuchtturmspielplatz zur Debatte stand. Die Politik sei sich damals nicht einig gewesen und es sollte nochmal über die Eignung diskutiert werden. Der Spielplatz Insterburger Straße sei auch ein Projekt des IHKO. Vor zwei Wochen habe es dort ebenfalls eine Bürgerbeteiligung gegeben. Ein Teil des Spielplatzes solle zu einem Ort mit Aspekten der Naturerfahrung für Kinder ausgebaut werden.

Ratsherr Schoenauer bittet darum, dass die weiteren konkreten Planungsschritte im Ausschuss vorgestellt werden, damit die Politik noch Einfluss auf die Planung nehmen könne.

Sachkundige Bürgerin Hansen sagt, dass vor über 10 Jahren ein Arbeitskreis zum Thema Osterath gegründet worden sei, da dieser Stadtteil im Vergleich zu Büderich und Lank recht leblos gewesen sei. Das IHKO sei ein Ergebnis von diesem Arbeitskreis.

### **3 Abwasserbeseitigungskonzept 2025 bis 2030 für die Stadt Meerbusch Vorlage: FB5/0082/2025**

Einleitend teilt Erster und Technischer Beigeordneter Apfel mit, dass das Abwasserbeseitigungskonzept eine Pflichtaufgabe der Kommunen sei, das alle 6 Jahre bei der Bezirksregierung vorgelegt werden müsse. Es würde heute keine Beschlussvorlage in diesem Ausschuss geben, sondern der zustimmungspflichtige Teil müsse erst am 10. Juli in der Ratssitzung beschlossen werden. Dadurch könne die Zwischenzeit noch für die Erstellung von technischen Zeichnungen genutzt werden.

Anschließend hält Frau Despodova, Abteilungsleiterin des Fachbereiches 5: Stadtentwässerung einen Vortrag zum Abwasserbeseitigungskonzept 2025 bis 2030.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.*

Ratsherr Wagner fragt nach, ob das gesamte Entwässerungssystem zur kritischen Infrastruktur gehöre und wenn ja, ob die gesamten Informationen öffentlich seien.

Frau Despodova bejaht dieses und führt fort, dass es intern eine sehr detaillierte Kanaldatenbank gäbe. Zusätzlich würde es auch eine Betriebsdatenbank geben, wo auch alle Informationen zu Sonderbauwerken enthalten seien.

Sachkundiger Bürger Spetsmann möchte wissen, ob der Bahnhof Osterath auch in dem Abwasserbeseitigungskonzept berücksichtigt worden sei. Frau Despodova antwortet, dass das Projekt miteingeschlossen sei und es extra einen Mitarbeiter gäbe, der sich nur mit dem Projekt seitens der Entwässerung befassen würde.

Ratsherr Banse ist aufgefallen, dass Straßen aus einer früheren Liste zum Abwasserbeseitigungskonzept im heute vorgestellten Konzept weggefallen seien. Ob die Priorisierung anders vorgenommen worden sei. Frau Despodova antwortet, dass Ratsherr Banse ihr gerne diese Straßennamen schriftlich mitteilen könne, damit sie diese mit der Datenbank vergleichen könne. Sie führt fort, dass es sich wahrscheinlich entweder um bereits erledigte Maßnahmen handeln könne oder diese neu betrachtet worden seien. Aufgrund von teilweise neuen technischen Vorschriften und veränderten klimatischen Randbedingungen würden gewisse hydraulische Betrachtungen von früher heute nicht mehr zum Tragen kommen. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel ergänzt, dass grundsätzlich versucht werde neue Baumaßnahmen nicht mehr an das Kanalnetz anzuschließen, sondern den Grundstückseigentümer zu verpflichten, das Regenwasser auf eigenem Grundstück versickern zu lassen. Dieses sei früher nicht der Fall gewesen, da die Verwaltung Abwassergebühren generieren wollte.

Ratsherr Banse fragt nach, ob die neuen Maßnahmen Auswirkungen auf den Zustand der einzelnen Kanäle haben und das System schneller dazu neige zu verschlammten.

Frau Despodova antwortet, dass es oft eher zu viel Wasser durch Starkregenereignisse im Kanalnetz gebe und deshalb die Gefahr der Verschlammung nicht bestehe. Sie führt fort, dass damals auch oft Lücken geschlossen worden seien. Das Regengeschehen habe sich geändert, die Netze würden sich anders füllen. Das Wasser werde teilweise anders als früher geführt. Bei gleichmäßigem Regen haben damals die Lücken geholfen. Durch den jetzigen kleinräumigen Starkregen könne es durch Lücken zu einer Überlastung kommen.

Ratsherr von Canstein fragt nach, ob die Maßnahmen bei Starkregen das Niederschlagswasser besser abführen würden als ohne diese Maßnahmen. Frau Despodova erklärt, dass gesetzlich für die Maßnahmen im Abwasserbeseitigungskonzept der sogenannte Bemessungsregen gelte (Regenreihe der letzten Jahre vor Ort). Eine Berücksichtigung der Starkregenereignisse ist technisch nicht vollständig abbildbar und kann durch den Kanal nur sehr bedingt aufgenommen werden. Daher wurden in den Starkregenereigniskarten die oberirdisch entstehenden Wasserflächen zur individuellen Vorbereitung der Grundstückseigentümer erarbeitet. Es wurde aber im Projekt zusätzlich geprüft, ob durch diese Maßnahmen die Überflutungssituation abgemildert werden könne. Solche unterstützenden Maßnahmen seien im Konzept höher priorisiert. Die Überflutungsvorsorge solle schon auf der Oberfläche gelöst werden.

Ratsherr von Canstein sagt, dass es die Simulation und die Karten vom Starkregenmanagement aus 2023 gäbe und fragt, ob man diese Simulation neu durchführen müsse.

Frau Despodova antwortet, dass die Karten damals ohne Kanalnetz durchgeführt worden seien. Es wurde nur die Oberfläche berechnet. Das hieße, dass Starkregen falle und sich auf der Oberfläche verteile.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel ergänzt, dass die Starkregengefahrenkarte so zu interpretieren sei, als wäre die Kanalisation voll und könne kein zusätzliches Wasser mehr aufnehmen. Alles was dazu käme, müsse sich auf der Oberfläche verteilen.

Frau Despodova führt fort, dass es aber auch Karten gäbe die gekoppelt berechnet werden. Da dieses hier aber nicht vorliege, wurde geschaut, ob die aufgeführten Maßnahmen in einem Gebiet liegen, wo Überflutung vorhanden sein und man eventuell dadurch unterstützen könne.

Ratsherr Kaden fragt nach, ob der Bursbach in Bösinghoven auf der Liste mitpriorisiert werde. Frau Despodova antwortet, dass sich das Abwasserbeseitigungskonzept nur mit Maßnahmen am Kanalnetz befasse. Der Bursbach sei ein fließendes Gewässer und kein Kanal und demnach kein Bestandteil des hier vorgestellten Konzeptes.

#### **4 Errichtung PV-Anlagen auf städt. Dächern - Zeitliche Abwicklung** **Vorlage: B10SIM/0064/2025**

Ratsherr Wagner sagt, dass es diesbezüglich mal eine Liste von Dächern gegeben habe. Er hätte einige Orte der dort aufgelisteten, wie z. B. die Eichendorf-Grundschule, die Mauritius-Grundschule, die städtische Kita Kunterbunt und die Kita Schatzinsel nicht gefunden. Ob dieses Gründe habe.

Herr Härtel, Bereichsleiter SB 11: Service Immobilien, erklärt, dass es vorab eine Potentialuntersuchung gegeben habe, wie die Refinanzierung sei. Die PV-Anlagen, die im Rahmen der Schulumbaumaßnahmen geplant seien, werden hier nicht aufgeführt. Es ginge hier nur um neue Maßnahmen.

Sachkundige Bürgerin Hansen fragt nach, warum das Städtische Meerbusch Gymnasium ebenfalls nicht genannt worden sei, da es von der Dachfläche her gut geeignet sei.

Herr Härtel antwortet, dass dort die Dachfläche immer wieder saniert werde und es zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll wäre dort eine PV-Anlage zu installieren, wenn evtl. in ein paar Jahren ein kompletter Umbau erforderlich werden würde.

#### **5 Sachstand zur Energie- und Treibhausgasbilanzierung der Stadt Meerbusch** **Vorlage: DezIII/0079/2025**

Ratsherr Banse fragt, inwiefern sichergestellt sei, dass, wenn der Kreis nicht die Landeslizenz für den Klimaschutzplaner erwerbe und es nicht mehr möglich sei ihn unentgeltlich zu nutzen, die Co2-Bilanzen für die Stadt Meerbusch weiterhin erstellt werden.

Frau Frey antwortet, dass wenn der Kreis die Co2-Bilanzierung für alle Kommunen des Kreises nicht mehr durchführe, die Verwaltung die eigene Bilanzierung in einem 3-Jahres-Rhythmus erstellen werde.

**6 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2024**  
**Vorlage: DezIII/0066/2025**

Der TOP 6 wird von den Ausschussmitgliedern so zur Kenntnis genommen.

**7 Anträge**

**7.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausbau Biotopvernetzung**  
**Vorlage: DezIII/0594/2025**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Biotopvernetzung unter Berücksichtigung aller Aspekte von bestehenden Planungen in ganz Meerbusch weiter fortgeführt werden kann. Insbesondere auf Grund der Verantwortlichkeit im Kreis gegenüber Kommunen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig beschlossen.

Sachkundige Bürgerin Hansen erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Ratsherr Schoenauer ist eher für einen Prüfauftrag, als für einen Antrag.

Sachkundige Bürgerin Hansen ist damit einverstanden.

Ratsherr Bertholdt ist der Meinung, dass man nicht nur den Stadtteil Osterath sehen müsse, sondern die Stadt Meerbusch als Gesamtkonzept.

Frau Frey erklärt, dass die Biotopvernetzung im Rhein-Kreis-Neuss primär eine Aufgabe der Unteren Naturschutzbehörde sei, die beim Rhein-Kreis-Neuss angesiedelt sei. Diese Behörde sei für die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Biotopen, also Lebensräumen für Pflanzen und Tiere, zuständig.

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Rhein-Kreis-Neuss zu prüfen, geeignete Flächen für die Vernetzung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere zu identifizieren.

## 7.2 Antrag der UWG vom 03.06.2025 zum Anbringen von Fledermausnistkästen und Nistkästen für Eulen auf dem Grundstück "Alter Teich"

Vorlage: DezIII/0595/2025

Die UWG/Freie Wähler-Fraktion beantragt für das Grundstück „Alter Teich“ das Anbringen von 5 Fledermausnistkästen und 2 Nistkästen für Eulen

### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>6</b>	<b>11</b>	<b>0</b>

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sachkundiger Bürger Spetsmann begründet den Antrag seiner Fraktion.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag abgelehnt.

## 7.3 Antrag der UWG vom 03.06.2025 zur Aufstellung von vier Trinkwasserspendern

Vorlage: DezIII/0598/2025

Die UWG/Freie Wähler-Fraktion beantragt, dass die Stadtverwaltung bei anhaltenden Hitzeperioden vier mobile Trinkwasserspender anschafft, zur Aufstellung in den Zentren der Ortsteile Büberich, Osterath, Lank und Strümp.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD			2
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2		1
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>4</b>	<b>9</b>	<b>4</b>

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sachkundiger Bürger Spetsmann begründet den Antrag seiner Fraktion.

Ratsherr Schoenauer sagt, dass allein aus haushaltstechnischer Sicht seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen könne, da die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stünden. Es würde sich auch nicht um unabweisliche Mittel handeln. Dieser Antrag würde in die Haushaltsberatungen gehören.

Ratsherr Quaß stellt sich die Frage, warum die Mittel nicht im Haushalt stünden. Jeglicher Antrag diesbezüglich sei immer von der Opposition abgelehnt worden. Er vertritt die Meinung, dass ein Trinkwasserbrunnen zu wenig sei, um Erfahrungen zu sammeln. Zumal die ersten Ergebnisse des beschlossenen Trinkbrunnens im Rathauspark Osterath voraussichtlich erst im Jahre 2028 vorliegen werden.

Ratsherr Bertholdt sagt, dass die Refill-Stationen weitaus günstiger seien und flexibler einsetzbar wären. Man könne nicht 24/7 Wasser anbieten. Es würde aber seiner Meinung nach reichen, an heißen Tagen Wasser anzubieten. Dieses sei gewährleistet. Die EU-Trinkwasserverordnung würde jedem EU-Bürger sauberes Trinkwasser zur Verfügung stellen, aber nur, wenn es technisch machbar und der Aufwand verhältnismäßig sei. Laut Umweltbundesamt wäre für die Kontrolle das Gesundheitsamt zuständig. Er kenne ein Beispiel aus Kaarst. Dort bestände seit über einem Jahr ein Trinkwasserbrunnen und habe bis dato noch nicht ein einziges Mal funktioniert. Es gebe das Thema Keime und Aufwand/Nutzen. Da wäre man mit Refill-Stationen besser dran.

Ratsherr Banse würde dem Antrag befürworten, wenn die UWG die Änderung vornehmen würde, aus mobilen Trinkwasserstationen stationäre Stationen zu machen.

Ratsherr Wagner ist der Meinung, dass gerade am Wochenende die 24/7-Trinkwasserversorgung nicht gegeben sei. Es sei ihm kein einziger Fall bekannt, wo es durch Keime im Trinkwasserbrunnen zu gesundheitlichen Problemen gekommen sei.

Ausschussvorsitzende Neukirchen bringt ein, dass man den Antrag umändern könne, dass die Verwaltung beauftragt werde, hierfür Gelder in den nächsten Haushalt einzustellen.

Sachkundiger Bürger Spetsmann sagt, dass man den Antrag in die Haushaltsberatung verschieben könne, dann würde aber noch ein Jahr vergehen. Die Mobilität der Trinkwasserspender sei bewusst

gewählt worden, um hier schnell agieren zu können. In anderen Ländern wäre dieses Kulturgut. Er bleibt deshalb bei der ursprünglichen Formulierung des Antrages.

Ratsherr Quaß meldet sich zu Wort, wird allerdings von der Ausschussvorsitzenden Neukirchen ermahnt, sich nicht zu wiederholen, sondern nur neue Argumente in die Diskussion einzubringen. Ratsherr Quaß fühlt sich dadurch für ungleichbehandelt und bittet dieses ins Protokoll aufzunehmen.

#### **7.4 Antrag der UWG vom 03.06.2025 zu Abfallbehältern am Ingerweg Vorlage: DezIII/0596/2025**

Die UWG/Freie Wähler-Fraktion beauftragt die Verwaltung am Ingerweg in Osterath zwei Abfallbehälter zur Entsorgung von Hundekotbeuteln zu installieren.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag der UWG/Freie Wähler-Fraktion wird zurückgezogen.

Sachkundiger Bürger Spetsmann begründet den Antrag seiner Fraktion.

Ratsherr Bertholdt bittet um Stellungnahme der Verwaltung, ob es an dieser Stelle ein erhöhtes Aufkommen an Hundekot gebe. Er weist darauf hin, dass der Bereich nicht nur städtisches Gebiet sei.

Die Verwaltung beantwortet die Fragen der Fraktionen. Nach kurzer Diskussion schlägt Sachkundiger Bürger Spetsmann vor, im Rahmen eines Prüfauftrages die Möglichkeit der Aufstellung von Hinweisschildern in Erwägung zu ziehen und zieht den Antrag zurück.

#### **7.5 Antrag der UWG vom 03.06.2025 zur Aufstellung von Abfallcontainern entlang des Rheindeichs Vorlage: DezIII/0599/2025**

Die Verwaltung wird beauftragt, in den Sommermonaten an den Wegen entlang des Deiches mehrere Container aufzustellen, mit separaten Recycling Einwurfmöglichkeiten und entsprechende Hinweisschilder zu positionieren.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag der UWG/Freie Wähler-Fraktion wird zurückgezogen.

Sachkundiger Bürger Spetsmann begründet den Antrag seiner Fraktion.

Die Verwaltung beantwortet Fragen der Fraktionen und weist auf das gut funktionierende, beschlossene Konzept für ein sauberes Rheinufer hin. Sie ehe kein Bedarf für die Aufstellung zusätzlicher Abfallbehälter am Rhein.

Sachkundiger Bürger Spetsmann zieht daraufhin den Antrag seiner Fraktion zurück.

#### **7.6 Antrag der UWG vom 03.06.2025 zu einem behelfsmäßigen Parkplatz am Bahnhof Osterath Vorlage: FB5/0597/2025**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob sich mit geringem Aufwand der ehemalige P+R Platz am Bahnhof Osterath (entlang des Bahnhofswegs) zu einem behelfsmäßigen Parkplatz ertüchtigen lässt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag der UWG/Freie Wähler-Fraktion wird zurückgezogen.

Sachkundiger Bürger Spetsmann begründet den Antrag seiner Fraktion.

Ratsherr Fischer sagt, dass dieses bautechnisch nicht möglich sei, da als dieser Parkplatz gebaut wurde, die Tragschicht von einer Baufirma mit einem Bobcat eingebaut worden sei, die den kompletten Unterbau verdichtet habe. Es stünde immer wieder Wasser auf dem Pflaster. Jetzt seien dort Baumfällungen durchgeführt und das Erdreich durchwühlt worden. Der Kampfmittelräumdienst sei gekommen und habe dort Schütten aufgetürmt. Bei Regen würde sich dort eine Seenplatte bilden und bei Starkregen sich diese Fläche mit dem Rathauspark verbinden. Um die Fläche zu befrieden, müsse so viel Material aus- und wiedereingebaut werden, was die Kosten übersteigen würde.

Herr Hartenstein bedankt sich für diesen Hinweis und sagt, dass es auch noch weitere Gründe gebe, warum dieses nicht möglich sei. Abtragen und Verdichten der Fläche würde geschätzt ca. 50.000 Euro kosten. Bautechnisch sei es im hinteren Bereich auch nicht möglich (Flurstück 606), weil die Zufahrt dazu jetzt an einer Böschung vorbeiführe, die für das Widerlager bei der Bahnüberführung hergestellt werden müsse. Diese Böschung sei nicht gesichert. Dort könne jederzeit ein Grundbruch entstehen. Deshalb werde Straßen.NRW dort nicht das Risiko übernehmen, dass dort drübergefahren werde. Es wurde allerdings angeregt, dass ein Bauleiter von Straßen.NRW raus käme, um sich die vordere Fläche anzuschauen, ob dort durch die Verschiebung des Bauzaunes zehn Parkplätze zur Verfügung gestellt werden können. Die Fahrradbügel wären auch eine Idee der Radverkehrsplanerin gewesen und wurden jetzt beauftragt.

Er führt fort, dass außerdem eine neue Brachfläche entstanden sei, da die Bahn AG (Station&Service) die Überdachung der Radabstellanlage abgebrochen habe. Die Verwaltung sei davon ausgegangen, dass diese wiederhergestellt werde, aber Station&Service habe dieses nicht vor. Diese wurde angeschrieben und angeregt wieder eine Rad-Station dort zu errichten. Bisher wurde eine Neuerrichtung von der Bahn AG abgelehnt. Die Stadt werde versuchen, auf eigene Kosten eine Rad-Abstellanlage mit Überdachung herzustellen, bedarf hierfür aber der Zustimmung von der Bahn AG, welche bisher nicht erteilt wurde. Diese Radabstellanlage könne aber auch erst hergestellt werden, nachdem die ganzen Maßnahmen zur BÜ Osterath fertiggestellt seien. Es werde ein Versuch gestartet, dort Interimsmäßig welche aufzustellen.

Ratsherr Fischer stellt die Frage, warum die Freifläche zwischen der Rampe zum Bahnsteig und der Gaststätte Am Alten Bahnhof nicht gesäubert worden sei. Ob dieses Sache der Bahn sei oder die Stadt Meerbusch diese später wiederherstellen müsse.

Herr Hartenstein antwortet, dass das Sache von Station&Service sei.

Ratsherr Fischer sagt, dass er eine andere Aussage vorliegen habe.

Herr Hartenstein erläutert, dass es deshalb sei, weil Straßen.NRW die Fläche später mal als Wendefläche herstellen müsse. Straßen.NRW sei im Gespräche mit Station&Service.

Anschließend zieht Sachkundiger Bürger Spetsmann den Antrag der UWG/Freie Wähler-Fraktion zurück.

## **8 Anfragen**

### **8.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.06.2025 zum Latumer See/Herrenbusch und Aussichtsplattform**

Ratsherr Schoenauer ist nicht der Meinung, dass, wie im Antrag aufgeführt, am Herrenbusch die Wege vorher in Ordnung waren. Es habe dort massive Schlaglöcher gegeben. Die Einwohner seien froh, dass die Wege neu gemacht worden seien.

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt Frau Hardenberg folgendes zu Protokoll.*

*Seit acht Jahren werden sukzessive die Wege im Herrenbusch und am Latumer See abschnittsweise saniert. Hierbei wird immer das gleiche Material mit derselben Körnung verwendet. Durch die Witterung hat sich das Material im letzten Jahr leicht entmischt und Teile der Ausgleichsschicht, die aus einem etwas gröberen Material besteht, ist in die Deckschicht gelangt. Die Firma, die das Material eingebaut hat wird die größeren Steinchen absammeln.*

*Die Wegebreite wurde bei der Sanierung wieder auf die ursprüngliche Breite von 2,50 m gebracht, die für die Unterhaltungsfahrzeuge notwendig ist. Im Laufe der letzten Jahre sind die Wegeränder zugewachsen und die Unterhaltungsfahrzeuge verursachen in diesen Bereichen Spurrillen, die bei Regen verschlammen. Dieser Missstand wurde mit der Sanierung behoben.*

*Am Latumer See wurde im Jahr 2023 eine bereits sanierte Plattform mit einer Rampe versehen, um den Zugang barrierefrei zu gestalten. Die Kosten für die Rampe betragen 6.500 €. 2025 musste eine weitere Plattform saniert werden, da sie als nicht mehr verkehrssicher eingestuft wurde. Die Kosten für die Sanierung von 11.000 € überstiegen den Haushaltsansatz, so dass keine Mittel für eine zusätzliche Rampe zur Verfügung standen. Es wurde aus finanziellen Gründen auf die Rampe verzichtet.*

## 9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Zu diesem TOP erfolgt keine Wortmeldung der Ausschussmitglieder.

## 10 Termin der nächsten Sitzung 16. September 2025

*Anmerkung der Schriftführerin: Der nächste Ausschuss für Klima, Umwelt und Bauen findet auf Grund der anstehenden Kommunalwahl am Standort Neusser Feldweg 4 in Meerbusch-Osterath statt.*

## 11 Verschiedenes

### 1. Baumaßnahmen „Im Winkel“

Ratsherr Banse möchte wissen, welche Baumaßnahme die Rheinbahn im Bereich „Im Winkel“ (zwischen Bovert und Mönkesweg) momentan durchführe und wie lange diese dauern würden.

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt die Verwaltung folgendes zu Protokoll.*

*Die Rheinbahn erneuert/saniert im Bereich „Im Winkel“ den Bahnübergang. Die Maßnahme wird vom 30. Juni bis 28. Juli 2025 dauern.*

### 2. Radstationen

Ratsherr Banse stellt die Frage, ob die Radstationen, die mittlerweile für 1 Euro angemietet werden können, noch benötigt werden oder man die Rheinbahn darüber informieren könne, diese wieder abzumontieren.

Die Verwaltung werde dieses prüfen.

### 3. Baumaßnahme Ten Brinke am Winkler Weg/Strümper Straße

Ratsherr Wagner sagt, dass diese Baumaßnahmen zu Verkehrsproblemen führen würden. Es würden Fahrzeuge abgestellt und Straßen und Radwege ohne Hinweise auf die Verkehrsleitung gesperrt werden. Wenn die Bahnschranke zu sei, könne der Verkehr nicht mehr abfließen. Er fragt nach, ob diese Maßnahmen mit der Verwaltung, z. B. in Form von Anträgen für Straßenabsperungen, abgesprochen worden seien. Und wenn dieses nicht der Fall sei, ob die Verwaltung dort kontrollieren könne.

Herr Hartenstein antwortet, dass ein Antrag vorliegen würde, aber der Verwaltung auch schon aufgefallen worden sei, dass dort so geparkt werde, dass der Verkehr nicht funktioniere. Es seien schon Baken auf Grund der Bushaltestelle verschoben worden. Die Verkehrsabteilung sei dran, dass es wirklich so gemacht werde wie genehmigt.

Ratsherr Schoenauer fragt nach, ob die vom Nibbelsweg gegenüberliegende Grünfläche nicht genutzt werden könne, um die Baucontainer dort aufzustellen, anstatt den gegenüberliegenden Bürgersteig zu sperren. Zwar müsse man dann dem ansässigen Bauern eine Pacht zahlen, allerdings sei die Baustelleneinrichtung auch teuer.

Ratsherr Fischer erklärt, dass Ten Brinke mit der Maßnahme so lange gebraucht habe um anzufangen, dass dort erheblicher Brombeerbewuchs entstanden sei.

Herr Hartenstein antwortet, dass schon Gespräche zwischen Ten Brinke und dem ansässigen Bauern stattgefunden, aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

Sachkundige Bürgerin Hansen fragt nach, ob die Sperrung der Durchfahrt Nibbelsweg Richtung K-Bahn-Übergang von der Stadt Meerbusch genehmigt worden sei.

Ratsherr Fischer antwortet, dass dort derzeit ein Fundament für einen Baukran hergestellt werde. Weil sie weder auf dem Winklerweg, noch auf der Strümper Straße stehen können, weil dort ein Bus langfahre, würden sie demnächst zum Be- und Entladen auf dem Nibbelsweg stehen, da sonst die Baustelle nicht bedient werden könne.

Herr Hartenstein antwortet, dass temporäre Sperrungen des Nibbelsweg vorgesehen seien, die aber immer mit dem Verkehr abgestimmt werden müssen.

Ratsherr Wagner sagt, dass eine vernünftige und tragbare Lösung mit dem Nibbelsweg gefunden werden müsse, da die Baustelle voraussichtlich 2 Jahre lang dauern werde und bittet darum, dass die Verwaltung zwischen den zwei Parteien vermitteln könne.

#### **4. PFAS auf Willicher Stadtgebiet**

Ratsherr Quaß erläutert, dass auf dem Willicher Stadtgebiet per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) gefunden worden seien. Die Stadtwerke Willich würden momentan aus dem Brunnen, der stark belastet sei, weniger Wasser entnehmen und von dem weniger belasteten mehr Wasser beimischen, um bestimmte Grenzwerte einzuhalten. Er fragt nach, ob die Verwaltung Kenntnisse darüber habe, ob der Kreis Viersen Probebohrungen durchgeführt habe, da die Problematik nicht an der Stadtgrenze zu Meerbusch haltmachen würde. Bauern und Privatleute würden Grundwasser entnehmen und PFAS würde man weder riechen noch schmecken.

Erster und Technischer Beigeordneter Apseel antwortet, dass er nur Kenntnisse darüber habe, dass Gespräche mit Herrn Pufja (Geschäftsführer der Stadtwerke Willich) stattgefunden haben. Die PFAS-Quelle wurde sehr stark eingegrenzt. Man habe alle Maßnahmen getroffen, um die Auswirkungen einzuschränken und das setze voraus, dass, da die Stadtwerke Willich auch in Meerbusch tätig seien, keine Gefährdung mehr davon ausginge. Die Verwaltung würde aber nochmal nachfragen.

*Nach der Sitzung gibt Technischer Beigeordneter Apseel die Antwort von Herrn Pufja zu Protokoll:*

*Die Wasserwerk Willich GmbH hat die Stadtwerke Meerbusch GmbH und den Bürgermeister über die PFAS Belastung in der Wassergewinnung Willich-Anrath informiert. Die Wasserwerk Willich GmbH hat mit den zuständigen Behörden und Ämtern (Kreis Viersen und Rhein-Kreis Neuss, Umweltministerium des Landes NRW) unmittelbar Maßnahmen ergriffen. Die sog. Vorsorgemaßnahmenwerte für vulnerablen Gruppen werden in der Wasserförderung eingehalten. Im Mai wurden Opferbrunnen installiert, um die PFAS-Belastung weiter zu reduzieren. In Q4 2025 geht eine*

*technisch umfangreiche Aktivkohle-Anlage in Betrieb, damit werden die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung ab 2026 eingehalten.*

**5. Beschlossene Maßnahme Abschaffung Elternhaltestelle Adam-Riese-Schule**

Ratsherr Bertholdt sagt, dass zu diesem Beschluss noch nichts geschehen sei.

Herr Apsel antwortet, dass hier bereits Gespräche mit der Polizei, dem Bürgermeister und der Schulverwaltung stattgefunden haben, um neue Lösungen anzustoßen.

**6. Aufstellung Parkverbotsschilder am Friedwaldparkplatz**

Auch hier merkt Ratsherr Bertholdt an, warum die Maßnahme noch nicht durchgeführt worden sei.

Herr Hartenstein antwortet, dass diesbezüglich noch die Anfrage an Straßen.NRW ausstand, ob natürliche Elemente eingesetzt werden dürfen. Erwartungsgemäß wurde diesem nicht zugestimmt und die Anordnung würde jetzt rausgehen.

Meerbusch, den 17. Juli 2025

---

Barbara Neukirchen  
Ausschussvorsitzende

---

Jasmin Abel  
Schriftführer/in